

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonellszeile über deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen für die Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Einzelgeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

265 Milliarden Mark Reichsschulden.

Dr. Wirth über das Finanzjeld.

Berlin, 1. Juli. (U.) Im Hanshaushaus des Reichstages gab bei Beratung des Notetats der Finanzminister Dr. Wirth ein trübes Bild über die schlechte Finanzlage des Reiches. Das Reich habe 265 Milliarden Gesamtschuld, dazu kommen eine Menge großer Ausgaben, sowie das weitere Verlangen auf Gewährung von Reichsmitteln für alle möglichen Zwecke. Der Finanzminister wird sich heute im Plenum darüber äußern. An die Forderung von 450 Millionen Mark für Wohnungszwecke knüpfte sich eine längere Aussprache. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Ministerialrat Glas betonten, daß vom Ministerium alles getan werde, um die Wohnungsnot zu bannen. Der Kohlen- und Baustoffmangel sowie andere Dinge erschweren jedoch diese Arbeiten außerordentlich.

Der geheimnisvolle Gewährsmann.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Der Lokalanzeiger hat gestern auf den Vorwurf der Freiheit, daß seine Angaben über große Vorbereitungen und Bewaffnung der roten Armee, die dem Dokument eines Kuriers entstammen sollten, ein Spitzelwerkzeug seien, erwidert, daß seine Informationen aus Schriftstücken stammten, die einen Namen trügen, der bis weit in die Reihen der Vorkadetten ungeschmälertes Ansehen genießt. Für ihre Richtigkeit bürgt das Urteil eines Mannes, der alles andere eher, nur keiner reaktionären Gesinnung verdächtig sei, und diese Persönlichkeit selbst erhebe bestimmte Forderungen zur Abwehr der Gefahr. Er verlangt die beschleunigte Unschädlichmachung der radikalen Führer, die Beseitigung aller ungesetzmäßigen Körperschaften und die Auflösung aller politischen Detachements und Ersatz durch unpolitische Polizei. Die Freiheit bemerkt dazu: „Sollte der Lokalanzeiger sich nicht entschließen, den Namen des angebotenen geheimnisvollen Mannes zu nennen, so bleibt der Vorwurf gemeiner und feiger Verleumdung an ihm haften.“

Die Freiheit im eigenen Sein.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Die Freiheit erscheint heute zum ersten Male in eigener Druckerei. In einem Beitrag weist sie auf die Bedeutung hin, die dadurch erlangt ist, daß nun das Blatt frei von einer kapitalistischen Druckerei ist und jetzt im Besitze eigener Mittel an die Ausgestaltung des Blattes im Interesse des Kampfes der Arbeiterklasse gehen kann. In dem Artikel heißt es: „Vor Beginn des Krieges hatte die geeinte Sozialdemokratische Partei nahezu 100 Tageszeitungen. Wenn die Zahl gegenwärtig noch etwas höher ist, so spielen die 60 Tageszeitungen eine erhebliche Rolle, die die U.S.D. innerhalb eines Jahres geschaffen hat, weil sie nicht nur den Kampf gegen die Klassengegner des Proletariats führen mußte, sondern auch den Kampf gegen unwillkürliche und unzuverlässige Elemente in den Reihen der Arbeiterklasse. Aber auch heute bildet die sozialdemokratische Presse nur einen Bruchteil der Presse. Von mehr als 3000 täglich ein- und mehrmals erscheinenden Zeitungen sind gänzlichentfalls 200 sozialdemokratisch und das, obwohl mehr als vier Fünftel der Bevölkerung in Deutschland sozialdemokratisch gesinnt sind.“

Ein Mißtrauensvotum für die Regierung beantragt.

Berlin, 1. Juli. (U.) In der gestrigen Reichstagsitzung hat die Fraktion der Unabhängigen ein ausdrückliches Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht.

Berlin, 1. Juli. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat gestern abend nach Schluß der Reichstagsitzung nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, den von den Unabhängigen eingebrachten Mißtrauensantrag abzulehnen.

Lebensmittelunruhen in Lübeck.

Lübeck, 30. Juni. Hier sind heute schwere Unruhen ausgebrochen, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigen Preisen abzugeben. Plündernde Mengen durchzogen die Straßen. Sie hatten es namentlich auf die Warenhäuser und Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurde viel geraubt. Die Sicherheitspolizei ließ, worauf die Menge das Feuer erwiderte. Bisher steht fest, daß zwei Sicherheitsbeamte erheblich verwundet worden sind; auch aus der Menge sollen verschiedene Personen getroffen worden sein. Die Unruhen dauern an.

Lübeck, 1. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden weitere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über 100 **Bestellungs- und Schuhwarengeschäfte** geplündert worden. Auch

in Lebensmittelgeschäften spielten sich wilde Szenen ab. Die Polizei mußte wiederholt von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bisher wurden drei Tote festgestellt. Abends verhängte der Senat den Ausnahmezustand und ließ durch Einwohnerwehr und Polizeimannschaften die Hauptstraßen absperren. Am Mitternacht schlen der Hauptsturm vorüber zu sein.

Selbsthilfe der Arbeiter gegen den Wucher.

Helmstedt, 29. Juni. Heute morgen umstellten Arbeiter die Gemüße und Obststände und erzwangen eine starke Herabsetzung der Preise. Die amtlichen Marktpreise wurden durch neue Preise der Arbeiterkommission ersetzt. Ritzchen kosteten statt 3 M. 1.20 M., Johannisbeeren statt 3.50 M. 80 Pfg., Birnen statt 3 M. 1.20 M., Himbeeren statt 4 M. 80 Pfg., Gurken statt 4 M. 1.25 M.

Die Alliierten fordern beschleunigte Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Genf, 29. Juni. Der Temps meldet: Der alliierte Rat richtete eine neue Note an Deutschland, die um Befestigung des Standes der von den Alliierten von Deutschland geforderten Aburteilung der namentlich bezeichneten deutschen Kriegsschuldigen ersucht. Der Text schreibt, daß die Alliierten die Frist zur Aburteilung der Strafsverfahren gegen die Personen der ersten Ururteilungsliste über den 1. Oktober hinaus nicht zu verlängern gedulden.

Eine Verschwörung der österreichischen Monarchisten in der Schweiz?

Zürich, 30. Juni. Im Zürcher Volksrecht wird in ausführlicher Form über habsburgische Umtriebe in der Schweiz und über die Vorbereitung eines monarchistischen Putschs in Oesterreich geschrieben. Neben einer Menge von Einzelheiten wird die Tätigkeit des Prinzen Windischgrätz in der Schweiz und in Ungarn behandelt, ferner die Propaganda der Umgebung des Kaisers Karl und der Agence Centrale. Als Organisationsmittelpunkte werden die Schweiz und das Wiener Kasino bezeichnet. Die finanziellen Führer seien Dr. Friedmann, Dr. Reichbauer und Großindustrieller Schlimp. Das Kapital betrage 22 Millionen Kr. Von den österreichischen Führern wird in erster Linie Abgeordneter Teufel genannt. Die militärische Organisation fuhe auf der christlichsozialen Offiziersvereinigung und der Gruppe der unpolitischen aktiven Offiziere. Die ganze Veröffentlichung wird vom Volksrecht als von vorzüglich unterrichteter österreichischer Seite herabsehend bezeichnet. Sie bringt, wie die Zürcher Post bemerkt, so bestimmte Angaben, daß die zuständigen schweizerischen Behörden daran nicht achtlos vorübergehen können. Sind sie richtig, dann wäre die Schweiz der Mittelpunkt einer auf den Umsturz der österreichischen Republik gerichteten Bewegung, und dann würden die schweizerischen politischen Behörden wohl nicht zögern, einem solchen Mißbrauch des Gastrechts dadurch ein Ende zu machen, daß sie die österreichischen Herrschaften ersuchen, ein anderes Feld für ihre Tätigkeit zu wählen.

Fortsetzung der Verhandlungen mit Krassin.

London, 29. Juni. Havas-Neuter verkündet, daß die Verhandlungen mit Krassin einen befriedigenden Verlauf nehmen, obgleich einige Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Ansichten in Moskau über die der britischen Regierung zu erstellende Antwort noch ein wenig auseinandergehen. Krassin wird neuerdings mit dem Obersten Wirtschaftsrat zusammenzutreffen. Er wird wahrscheinlich auch eine weitere Besprechung mit den britischen Ministern haben, bevor diese nach Spa abreisen.

Amsterdam, 30. Juni. Den Times zufolge hat Krassin gestern neuerdings eine Unterhaltung mit Lloyd George gehabt und wird heute wiederum mit dem Ausschuss des Wirtschaftsrates zusammenkommen.

Verschärfung des schwedisch-finnischen Konflikts.

Wie die Berlingske Tidende aus Stockholm meldet, hat das schwedische Außenministerium die Frage der gerichtlichen Verfolgung der beiden aaländischen Führer zum Gegenstand erneuter Erwägungen gemacht. Als Ergebnis dieser Erwägungen wurde gestern vom Ministerium des Äußern dem finnischen Gesandten in Stockholm eine Note überreicht, in der die finnische Regierung aufgefordert wird, weitere Schritte gegen die beiden verhafteten Aaländern anzugehen und die Verhafteten freizugeben im Hinblick darauf, daß die Aaländerfrage jetzt vom Völkerbund gelöst werden soll. Der schwedische Geschäftsträger in Helsingfors hat von der schwedischen Regierung Anweisung erhalten, vom finnischen Minister des Äußern eine sofortige Antwort darauf zu verlangen, ob der Schritt der schwedischen Regierung hinsichtlich der Aaländer in entgegenkommender Richtung zur Folge haben wird.

Stockholm, 30. Juni. Alle hiesigen Blätter bringen augenscheinlich inspirierte Artikel, in denen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Finnland vorangetrieben wird.

Lebensmittelrevolten und Konterrevolution.

Von Rudolf Franke.

Die Krise, die unser Wirtschaftsleben künftest, erfährt immer weitere Kreise, greift immer tiefer in das ökonomische und soziale Leben der Gesellschaft ein, je länger sie andauert. Die Kaufkraft der Konsumenten ist zusammengebrochen und hat eine Abwärtsstreckung hervorgerufen, von der man sich eine Preislenkung verspricht, die aber immer noch nicht eintreten will. Besonders auf dem Lebensmittelmarkt ist nichts davon zu spüren. Im Gegenteil, durch die Lebensgabenpolitik der Regierung sind immer neue Preissteigerungen eingetreten und das Wucher- und Schleichhändlerwesen treibt nach wie vor seine schönsten Blüten. Die durch die Wirtschaftskrise am härtesten betroffenen Industrien greifen, da im Augenblick die hohen Profite vom Januar und Februar nicht mehr zu erzielen sind, zu umfassenden Arbeiterentlassungen, oder zu gänzlicher Betriebs Einstellung. Tausende von Arbeitern werden brotlos. Der Wahnsinn des kapitalistischen Systems zeigt sich in seiner krassen Form. Während viele Tausende von Proletariern nicht das Geld aufbringen können, um sich die nötigsten Bedarfsgüter zu beschaffen, wird die Produktion eingestellt, trotzdem nirgends von einer Überproduktion die Rede sein kann. Der Profitanzreiz fehlt und nur deshalb wird nicht produziert. Denn im Kapitalismus ist die Produktion nicht eine ökonomische Funktion zur Befriedigung des Bedürfnisses der Volksgenossen nach Gebrauchsgütern, sondern nur eine Gelegenheit, aus der Arbeit des Proletariats Profite zu kristallisieren. So kommen weite Kreise der Arbeiterschaft in schlimmste wirtschaftliche Not. Die Löhne reichen nicht aus, das Notwendigste zu bestreiten, um wieviel größer muß das Elend werden, wenn Arbeitslosigkeit eintritt und das Verhältnis zwischen Einkommen und Bedarf noch weit unbilliger wird. Da der Arbeiter sich kaum etwas anderes kaufen kann, als das, was er zur nackten Freilegung seines Lebens benötigt, ist er an den Lebensmittelpreisen am stärksten interessiert und er wird es um so mehr, je weniger er sein Einkommen mit den hohen Lebensmittelpreisen in Einklang bringen kann.

Dank dem Schieber- und Schleichhändlerwesen sind die Preise für frisches Obst und Gemüse trotz der reichen Ernte wieder unerschwinglich hoch. Man hätte glauben sollen, daß der reichliche Segen der Natur auch auf die Preisgestaltung eine heilsame Wirkung ausüben würde. Aber daran war nicht zu denken. Die Preissteigerung setzte wieder in dem gleichen Umfange ein, wie all die Jahre vorher. Die Behörden griffen nicht ein und das Volk, bis zum äußersten gereizt durch die schamlose Ausbeutung, griff zur Selbsthilfe. Württemberg gab das Signal, und bald folgten viele Städte Norddeutschlands, Frankfurt, Mainz, Magdeburg, Bremen, Hamburg und viele andre. Den Straßenverkäufern und Händlern wurden die Lebensmittel weggenommen und zu billigeren Preisen verkauft, Warenhäuser wurden geplündert und es kam zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. Aber mit all diesen Maßnahmen wird das Uebel des Preiswuchers nicht an der Wurzel ergriffen und die kapitalistische Profitwirtschaft nicht ausgerottet. Da muß bei den Quellen der Produktion zugegriffen und von dort aus die Verteilung und Preisgestaltung reguliert werden. Jedenfalls aber sind Aktionen, wie sie jetzt in verschiedenen Städten spontan sich durchziehen, nicht die Methoden, mit denen sozialistisch gesinnte Arbeiter die Verwirklichung ihrer Forderungen erkämpfen. Mit diesen Lebensmittelrevolten werden kleine Händler getroffen, die selbst zum Teil eine proletarische Existenz führen und vom Großhändler abhängig sind. Bestenfalls wird da und dort ein Schieber mit unter die Räder kommen. Und die Plünderung von Warenhäusern, zu denen sich die erzregte Volksmenge verschiedenlich hinreichend ließ, ist auch nicht das geeignete Mittel, sozialistische Ideen zu verbreiten. Aber ein anderer Gedanke liegt nahe. Die Konterrevolution wartet nur auf das Signal, loszuschlagen zu können. Sie wartet auf den Linksputsch, der ihr den längst ersehnten Anlaß geben soll, all ihre militärischen Machtmittel spielen zu lassen. Und wenn wir die Dinge so betrachten, dann ist es unsere revolutionäre Pflicht, einen tüchtigen Kopf und Ruhe zu behalten. Aktionen gegen die Teuerung haben, wenn sie wild ausbrechen, höchstens den Erfolg, daß für zwei oder drei Tage die Preise herabgesetzt bleiben, um dann wieder die alte Höhe zu erklettern. Wenn praktisch etwas erreicht werden soll, müssen die zu treffenden Maßnahmen planmäßig vorbereitet werden, sonst besorgt das Proletariat damit nur die Geschäfte der Reaktion. Wenn wir die Lebensmittelunruhen mit den Plänen der Konterrevolution in Zusammenhang bringen, so will damit nicht